

Suchergebnis

Name	Bereich	Information	V.-Datum
Schmiedag GmbH Hagen	Rechnungslegung/ Finanzberichte	Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021	02.11.2022

Schmiedag GmbH

Hagen

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

1. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist vornehmlich die Be- und Verarbeitung von Eisen, Stahl und anderen Werkstoffen, insbesondere die Herstellung von Gesenkschmiedestücken, deren Bearbeitung und der Vertrieb dieser Erzeugnisse sowie die Vornahme von Handelsgeschäften und Dienstleistungen.

Seit dem Jahre 1999 gehört das Unternehmen zum Verbund der Georgsmarienhütte Holding GmbH.

Die wichtigsten Kennzahlen, die zur Unternehmenssteuerung herangezogen werden und auch an das oberste Mutterunternehmen gemeldet werden, sind Umsatz, EBITDA, Jahresüberschuss sowie die Absatzmengen.

Die Gesellschaft verfügt über keine unternehmenseigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung. In Zusammenarbeit mit unseren Kunden bringt Schmiedag mit ihren zwei Bereichen (Schmiede und Mechanik) bei Neuentwicklungen das schmiede- bzw. bearbeitungstechnische Knowhow ein.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach den Prognosen des Sachverständigenrates für 2021 sollte die Wirtschaftsleistung in Deutschland mit einer Rate von 3,7 % kräftig ansteigen, wobei die Wirtschaftsleistung des Vorkrisenniveaus von 2019 jedoch erst wieder zu Beginn des Jahres 2022 erwartet wurde.¹ Diese Erwartung ging einher mit dem Vorhandensein von wirksamen Impfstoffen und der Hoffnung auf einen schnellen Impffortschritt in der Bevölkerung. Im ersten Halbjahr wurde der Konjunkturverlauf wesentlich durch die unterschiedliche Stärke von Corona-Wellen sowie die zu ihrer Eindämmung jeweils ergriffenen Maßnahmen geprägt, was insbesondere in Europa zu einem verhaltenen Konjunkturverlauf führte.²

Weltweit wie auch im Euro-Raum erholte sich die wirtschaftliche Aktivität im Zuge sinkender Neuinfektionen und zunehmender Impffortschritte im zweiten Quartal deutlich, was im Wesentlichen auf die deutliche Erholung des Dienstleistungssektors zurückzuführen ist.³

Eine weiterführende Erholung des wirtschaftlichen Wachstums wurde jedoch durch die seit Jahresbeginn zunehmenden Liefer- und Kapazitätsengpässe abgebremst.⁴ Aufgrund fehlender Container im Seefrachtverkehr können zusätzliche Frachtvolumina nicht bedient werden.

Daneben ist der weltweite Mangel an Halbleitern ein beschränkender Faktor, der besonders in der Automobilindustrie zu Produktionseinschränkungen führt.⁵ Hier wird in absehbarer Zeit nicht mit einer Besserung gerechnet, da die Hersteller von Computerchips ihre Produktion nur langsam an die höhere Nachfrage anpassen können.⁶

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im November weiterhin verschlechtert. Der ifo Geschäftsklimaindex hat sich im November im Vergleich zum Vormonat weiter nach unten entwickelt und befindet sich auf 96,5 Punkte, während der Wert für den Oktober noch bei 97,7 Punkten lag.⁷ Im verarbeitenden Gewerbe beurteilten die Unternehmen die laufenden Geschäfte wesentlich pessimistischer, was insbesondere auf Lieferengpässe bei Vorprodukten und Rohstoffen zurückzuführen ist.⁸

In Deutschland stieg das Bruttoinlandsprodukt seit dem Rückgang des Infektionsgeschehens im Frühjahr 2021 wieder deutlich an, was hauptsächlich durch die konsumnahen Dienstleistungsbranchen begründet wird.⁹ Im Winterhalbjahr wird von einer nachlassenden Erholung ausgegangen, so dass insgesamt von einem Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2021 von 2,4 % ausgegangen wird.¹⁰ Im Vergleich zu den Vorjahren ist ein Anstieg der Verbraucherpreise zu verzeichnen, der u.a. infolge des Anstiegs der Energiekosten im laufenden Jahr rd. 3 % betragen wird.¹¹

Mobilität

Das Jahr 2021 war für die globale Automobilindustrie durch eine anhaltende Corona-Pandemie und einen weltweiten Mangel an Halbleitern sowie weiteren Vorleistungsgütern geprägt. Insbesondere der Halbleitermangel strapaziert die weltweiten Lieferketten der Automobilindustrie und zwingt viele Unternehmen zu Produktionsstopps. Dies hat zur Folge, dass die bestehende Kundennachfrage nicht vollständig bedient werden kann und erhebliche Absatzrückgänge in den großen Automobilmärkten zu verzeichnen sind.¹²

LMC Automotive erwartet, dass allein durch die „Chipkrise“ in 2021 weltweit insgesamt ~9,6 Mio. Fahrzeuge weniger produziert werden.¹³ Mit ~75,8 Mio. Fahrzeugen würde die Produktion in 2021 nur noch +1,6 % über dem Corona-Jahr 2020 liegen. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 liegt die Produktion dann noch rund 12,9 Mio. Einheiten niedriger.¹⁴

Der Nutzfahrzeugmarkt der Europäischen Union weist in den ersten zehn Monaten des Berichtsjahres ein Wachstum der Zulassungen von 14,7 % auf 1,6 Mio. Fahrzeuge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf, was auf einen niedrigen Absatz im ersten Halbjahr 2020 zurückzuführen ist. Die vier großen Nutzfahrzeugmärkte der EU, Italien (+22,2 %), Frankreich (+11,8 %), Spanien (+4,5 %) und Deutschland (+4,3 %) verzeichnen deutliche Erholungstendenzen.¹⁵ Laut Prognosen des VDA dürfte der westeuropäische Markt¹⁶ für Nfz über 6 Tonnen mit einem erwarteten Absatz von 240 Tsd. Einheiten rund 5 % höher liegen als noch im Jahr zuvor. Dem deutschen Nfz-Markt wird ein Wachstum von 2 % auf 69,5 Tsd. Einheiten im Vergleich zum Vorjahr prognostiziert.¹⁷

Maschinenbau

Das Geschäftsjahr 2021 war für die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer von einer deutlichen Erholung der wirtschaftlichen Lage gekennzeichnet, was sich in den wichtigsten Kennziffern niederschlägt. So lagen die Auftragseingänge der deutschen Maschinenbauer in den ersten neun Monaten des Jahres um real plus 36 % deutlich über dem Vorjahreszeitraum.¹⁸ Auch im Oktober blieb die Auftragslage mit einem Zuwachs um real plus 19 % zuletzt weiter erfreulich.¹⁹

Hinsichtlich der Maschinenbauproduktion war in den ersten neun Monaten des Jahres ein Wachstum in Höhe von 8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.²⁰ Dabei setzten globale Materialengpässe bei Vorprodukten die Lieferketten im Maschinenbau im Jahresverlauf stark unter Druck.

Für das Gesamtjahr 2021 bestätigt der VDMA die Prognose eines realen Produktionszuwachses in Höhe von 10 % im Vergleich zum Vorjahr. Ohne die global vorherrschenden Materialengpässe wäre jedoch ein noch stärkeres Wachstum der Produktion möglich gewesen. Viele Maschinenbauer dürften damit bereits in diesem Jahr das Umsatzniveau des Vorkrisenjahres 2019 erreichen.²¹ Angesichts steigender Infektionszahlen und damit verbundenen Schutzmaßnahmen sind Rückschläge in der Auftragslage der Unternehmen bis Jahresende nicht auszuschließen.

Weiter steigen die Bedarfe bei den Gesenkschmieden im Motorenbau durch Belebung in den Branchen Marine und Energie. Der Bereich der Bahntechnik wird insgesamt als stabil eingeschätzt, da weiterhin flächendeckend investiert wird und steigende Nachfrage nach Beförderung besteht. Hier bleibt vor allem die Entwicklung im Zuge der zunehmenden Konsolidierung im Markt abzuwarten.²²

2.2. Geschäftsverlauf

Analog der deutschen Schmiedeindustrie hat sich im ersten Halbjahr 2021 die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft trotz der un stetigen Entwicklung der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf den Umsatz stabilisiert. Zu Beginn des zweiten Halbjahrs war die Gesellschaft von der Hochwasserkatastrophe, die einige Teile Deutschlands getroffen hat, betroffen. Infolge der Katastrophe wurde das ganze Werk in Hagen überflutet und dadurch stark beschädigt. Das zweite Halbjahr wurde deshalb von Produktionsunterbrechungen und durch den eingeleiteten Wiederaufbau der Infrastruktur dominiert. Das Ziel der Gesellschaft war es, möglichst schnell lieferfähig zu sein, damit die wirtschaftlichen und strategischen Schäden für Kunden eingedämmt werden.

Zur Anpassung der betrieblichen Prozesse an die Situation hat die Geschäftsführung der Schmiedag Vereinbarungen hinsichtlich der Minderung von Personalkosten geschlossen. Derzeit besitzt die Schmiedag Sondertarifverträge mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2026. Diese Vereinbarung ermöglicht es der Schmiedag GmbH, zeitlich befristet von dem sonst gültigen Tarifvertrag abzuweichen.

Insgesamt hat sich der Auftragsbestand am 31.12.2021 gegenüber dem Vorjahr von € 20,7 Mio. auf € 40,7 Mio. nahezu verdoppelt. Die Kunden haben die Reichweite ihrer Bestelleinteilungen insgesamt erhöht, zudem konnten durch flutbedingte Produktionsverzögerungen viele Aufträge nicht wie geplant im Jahr 2021 abgearbeitet werden.

Die Schmiedeproduktion konnte im Jahr 2021 trotz verbesserter Auftragslage nicht gesteigert werden. Im Wesentlichen durch Störungen nach der Überflutung gehemmt liegt die Schmiedeproduktion bei 8.900 t gegenüber 8.985 t im Vorjahr. Budgetiert waren 10.535 t.

Die Einkaufspreise für Rohmaterial folgten dem allgemeinen Markttrend und stiegen im Jahr 2021 geringfügig.

Infolge des Wiederaufbaus nach dem Hochwasser wurden die Investitionen im Berichtsjahr stark angepasst. Die zur Absicherung und Verbesserung der zukünftigen Produktionstätigkeit notwendigen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen wurden bzw. werden noch kurzfristig durchgeführt. Da die Versicherungsschäden schnell abgerechnet wurden, konnte die Finanzierung der Investitionen im Wesentlichen durch Eigenmittel erfolgen.

Die Gesellschaft hatte zum 31.12.2021 173 Mitarbeiter (ohne Auszubildende) beschäftigt:

	31.12.2021	31.12.2020
Lohnempfänger	131	134
Gehaltsempfänger	42	44
Aktive Belegschaft	173	178
Auszubildende	10	9
Gesamtbelegschaft	183	187

2.3. Lage

2.3.1. Ertragslage

Die Ergebnisentwicklung der Schmiedag GmbH ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt, in der die Jahresabschlussposten der Gewinn- und Verlustrechnung in einer verkürzten Darstellung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zusammengefasst wurden. Hiernach zeigen sich die folgenden wesentlichen Entwicklungen:

	2021		2020		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	33.961	94,6	35.383	102,6	-1.422	-4,0
Bestandsveränderungen	1.617	4,5	-1.462	-4,2	3.079	> -100
Aktivierete Eigenleistungen	340	0,9	575	1,6	-235	-40,9
Gesamtleistung	35.918	100,0	34.496	100,0	1.422	4,1
Materialaufwand	27.020	75,2	20.201	58,6	6.819	33,8
Rohergebnis	8.898	24,8	14.295	41,4	-5.397	-37,8
Personalaufwand	11.819	32,9	10.333	30,0	1.486	14,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.055	50,3	3.236	9,4	14.819	>100
Sonstige betriebliche Erträge	24.102	67,1	960	2,8	23.142	>100
EBITDA	3.126	8,7	1.686	4,9	1.440	85,4
Abschreibungen	1.864	5,2	1.758	5,1	106	6,0
Betriebsergebnis (EBIT)	1.262	3,5	-72	-0,2	1.334	> -100
Finanzergebnis	-560	-1,6	-434	-1,3	-126	29,0
Ergebnis vor Steuern	702	2,0	-506	-1,5	1.208	> -100
Steuern	156	0,4	132	0,4	24	18,2
Jahresergebnis	546	1,5	-638	-1,9	1.184	> -100

Der im Berichtsjahr erzielte Umsatz betrug € 34,0 Mio. Trotz verbesserter Auftragslage lag dieser um € 1,4 Mio. bzw. 4,0 % unter dem Vorjahreswert. Ursächlich für die Umsatzentwicklung waren die durch das Juli-Hochwasser verursachten Produktionsstörungen, die insbesondere das dritte Quartal betroffen haben. Die Absatzmenge verändert sich deshalb gegenüber dem Vorjahr von 8.869 t auf 8.896 t nur geringfügig. Die für 2021 budgetierte Absatzmenge von 10.190 t sowie der geplante Umsatz von € 40,1 Mio. wurden hauptsächlich aufgrund der oben aufgeführten Gründe nicht erreicht. Die Auswirkungen des Hochwassers verhinderten auch die geplante deutliche Verbesserung der Gesamtleistung.

Die negativen Auswirkungen des Hochwassers auf die Kostenstruktur bzw. die Ertragslage konnten auch durch die bereits in der Vergangenheit ergriffenen und wirksamen Maßnahmen (z.B. Produktbereinigung, Optimierung Personalstruktur, konsequentes Kostenstellen-Management) nicht verhindert werden. Viele dieser Maßnahmen bleiben in der Ausnahmesituation nach dem Hochwasser sogar wirkungslos. Um lieferfähig zu bleiben, wurde temporär die Produktion auch auf andere Standorte im

Konzern verlagert, wodurch sich die Kostenstruktur verändert hat. Mehrbelastungen und Planungsabweichungen haben sich durch die Ausnahmesituation in allen Produktionsbereichen ergeben.

Infolgedessen steigt auch der Materialaufwand. Daneben wurden Aufwendungen erfasst, die durch unbrauchbar gewordene Vorräte verursacht wurden.

Aufgrund dieser Effekte konnte trotz positiver Marktbelegung in 2021 die geplante Steigerung des Rohergebnisses nicht erreicht werden.

Die aufgetretenen Ineffizienzen in der Produktion sowie die personalintensive Schadensbeseitigung nach dem Hochwasser führt im Wesentlichen zum Anstieg des Personalaufwandes. Die Veränderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird insbesondere durch den Aufwand der Erfassung und der Beseitigung der Hochwasserschäden bedingt. Hier sind nicht nur die Kosten der Reinigung, sondern insbesondere die Reparaturen aber auch die Ausbuchung von Anlagegegenständen verbucht. Zudem wurde im Jahr 2021 Aufwand für die Bildung einer Rückstellung i.H.v € 3,9 Mio. für einen Gewährleistungsfall erfasst.

Ein Teil der Hochwasserschäden wurde versichert. Durch die zügig abgeschlossene Regulierung der Schäden wurden in diesem Ausnahmejahr sonstige betriebliche Erträge i.H.v € 23,7 Mio. verbucht.

Ein Großteil der Wasserschäden wurden im laufenden Geschäftsjahr durch Neuinvestitionen behoben. Einige Schäden konnten aufgrund zeitlicher Verzögerungen jedoch nicht im Geschäftsjahr beseitigt werden. Einige negative Effekte des Hochwassers sind nicht direkt in der Ergebnisrechnung sichtbar, da sie in unterschiedlichen Positionen zum Tragen kommen. Dagegen sind die entsprechenden Versicherungsleistungen im Geschäftsjahr vollumfänglich als Ertrag erfasst worden. Aus diesem Grunde wird über eine ungewöhnliche Situation berichtet. Trotz enormer Flutschäden konnten einige wirtschaftlichen Kennzahlen fast erreicht werden. Das EBITDA veränderte sich prozentual gegenüber dem Vorjahr positiv, und liegt im Berichtsjahr bei 8,7% der Gesamtleistung, was im Wesentlichen auf das geänderte Verhältnis zwischen den gesunkenen Umsätzen und den erhöhten sonstigen betrieblichen Erträgen zurückzuführen ist. Der budgetierte EBITDA i.H.v. € 3,3 Mio. bei 8,2 % der Gesamtleistung konnte somit nur prozentual, aber nicht absolut erreicht bzw. überschritten werden.

Der Anteil der Abschreibungen an der Gesamtleistung ist infolge der erhöhten Investitionen in 2021 gestiegen.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich aufgrund von gestiegenen Zinssätzen und einer damit einhergehenden Mehrung der Zinsaufwendungen. Ein Abbau der Finanzverbindlichkeiten kann diesen Effekt nicht überkompensieren.

Trotz des schwierigen Geschäftsjahres, welches im Wesentlichen durch das Hochwasser negativ beeinflusst wurde, konnte die Gesellschaft durch die genannten Versicherungserstattungen ein positives Jahresergebnis von € 0,5 Mio. erzielen, welches das Vorjahr um € 1,2 Mio. übertrifft, den Budgetwert jedoch um € 0,2 Mio. verfehlt.

2.3.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Entwicklung des Vermögens ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht.

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Langfristig gebundenes Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	8	0,0	32	0,2	-24
Sachanlagen	12.209	41,1	9.891	49,2	2.318
Finanzanlagen	1	0,0	1	0,0	0
	12.218	41,1	9.924	49,4	2.294
Kurzfristig gebundenes Vermögen					
Vorräte	10.048	33,9	7.427	37,0	2.621
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	582	2,0	770	3,8	-188
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	219	0,7	93	0,5	126
Sonstige Vermögensgegenstände	1.584	5,3	869	4,2	715
Liquide Mittel	5.005	16,9	996	5,0	4.009
Rechnungsabgrenzungsposten	27	0,1	17	0,1	10
	17.465	58,9	10.172	50,6	7.293
	29.683	100,0	20.096	100,0	9.587

Gegenüber dem Vorjahr steigt der Wert des Anlagevermögens um € 2,3 Mio. Dieser Effekt resultiert im Wesentlichen aus dem vorangetriebenen Wiederaufbau und dadurch bedingten Zugängen im Anlagevermögen.

Nach der Beseitigung der Flutschäden konnte die Gesellschaft die Produktion wiederaufnehmen und auf ein gutes Niveau steigern. Aufgrund der aktuellen Ausnahmesituation waren die Produktionsabläufe jedoch noch störanfällig und nicht optimal. Dies bedingt die Notwendigkeit, viele Aufträge aus dem Jahr 2021 erst in 2022 zu realisieren. Dies hat zu einem Anstieg der Vorräte geführt.

Die Veränderung der Forderungen aus Lieferungen ist auf eine Erhöhung der verkauften Forderungen an die Factoringbank zurückzuführen. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen im Wesentlichen aus Ansprüchen aus Erstattungen von Umsatz- und Energiesteuern sowie den Kaufpreiseinbehalten im Rahmen des Factorings.

Die Liquidien Mittel haben sich im Wesentlichen durch einen erhöhten Verkauf an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an die Factoring Bank erhöht.

Die Entwicklung der Kapitalstruktur ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht.

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Eigenkapital	2.423	8,2	1.876	9,3	547
Mittel- und langfristige Fremdmittel					
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.815	6,1	1.684	8,4	131
Kurzfristige Fremdmittel				0,0	
Sonstige Rückstellungen	10.852	36,6	1.315	6,5	9.537
Verbindlichkeiten				0,0	
aus Lieferungen und Leistungen	6.344	21,4	2.828	14,1	3.516
gegenüber Gesellschaftern	7.577	25,5	11.707	58,3	-4.130
gegenüber verbundenen Unternehmen	442	1,4	517	2,6	-75
Sonstige	230	0,8	169	0,8	61
	25.445	85,7	16.536	82,3	8.909

31.12.2021		31.12.2020		Veränderung
T€	%	T€	%	
29.683	100,0	20.096	100,0	9.587

Die Schmiedag GmbH weist zum 31. Dezember 2021 ein Eigenkapital i.H.v. T€ 2.423 aus.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen hauptsächlich aktive und passive Anwärter. Die Veränderung dieser Position resultiert im Wesentlichen aus Zinseffekten.

Wesentliche Veränderungen innerhalb der sonstigen Rückstellungen resultieren aus einer höheren Rückstellung für unterlassene Instandhaltung für die Hochwasserschäden i.H.v € 2,9 Mio. und aus einer Rückstellung für einen Gewährleistungsfall.

Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist im Wesentlichen durch das gesteigerte Geschäftsvolumen sowie durch den Leistungsbezug beim Wiederaufbau nach dem Hochwasser bedingt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern setzen sich aus mehreren Darlehen zusammen, die bis zum 31.03.2022 bzw. bis zum 01.10.2023 befristet sind und die Finanzierung der Gesellschaft sicherstellen. Die Laufzeit der Darlehen verlängert sich revolving. Diese Verbindlichkeiten wurden durch Tilgung abgebaut.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden ausschließlich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen abgebildet. Die Veränderung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus geringeren Lieferungen von Rohmaterial.

Durch die oben genannten Instrumente, das Factoring sowie gruppeninterne Ausleihungen ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert.

Die Finanzlage wird anhand der nachfolgend verkürzt dargestellten Kapitalflussrechnung erläutert:

	2021 T€	2020 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	11.500	3.486
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-4.593	-1.083
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-2.898	-1.809
Änderung der Finanzmittel	4.009	594
Finanzmittel zu Beginn des Geschäftsjahres	996	402
Finanzmittel am Ende des Geschäftsjahres	5.005	996

Der operative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt mit T€ 11.500 deutlich über dem des Vorjahres (T€ 3.486) und wird im Wesentlichen durch die Sondereffekte aus dem Hochwasser beeinflusst.

In 2021 ergibt sich ein negativer Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von T€ -4.593. Die im Geschäftsjahr getätigten Investitionen entfallen vollständig auf Sachanlagen.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf T€ -2.898 und beinhaltet im Wesentlichen einen Aufbau der Finanzierung durch Factoring um T€ 1.583 sowie der Tilgung von Finanzkrediten in Höhe von T€ -4.100 und Zinszahlungen.

Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds beläuft sich somit auf T€ +4.009. Es ergibt sich zum 31. Dezember 2021 ein Finanzmittelbestand von T€ 5.005.

2.4. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage der Gesellschaft

Das aktuelle Geschäftsjahr entwickelte sich aufgrund der verringerten Belastungen durch die Pandemie sowie durch Sondereffekte der Überflutung (periodenungleiche Erfassung von Fluterstattungen und Flutschäden) besser als das Vorjahr. Dennoch wurde das budgetierte Ergebnis nicht erreicht. Das Umsatzbudget von € 40,1 Mio. wurde aufgrund von hochwasserbedingten Mengenminderungen unterschritten. Jedoch wurde durch Schadenserstattungen der budgetierte EBITDA-Wert i.H.v. € 3,3 Mio. beinahe erreicht. Nach einem Jahr Unterbrechung ergibt sich deshalb auch im Jahr 2021 wieder ein positives Jahresergebnis von T€ 546, dieser unterschreitet den Budgetwert um € 0,2 Mio. Die Wirksamkeit der eingeleitete Wiederaufbau und Verbesserungsmaßnahmen, insbesondere im Produktionsbereich, wird ihre Bedeutung im Jahr 2022 wiedererlangen und sich positiv auswirken, eine fühlbare Marktbelebung ist bereits länger zu beobachten und dauert weiterhin an. Die Geschäftsführung ist mit dem Geschäftsverlauf im Berichtsjahr insgesamt zufrieden, da die Risikostrategie der Schmiedag ihre Wirksamkeit zeigen konnte. Durch schnelle Regulierung der Schäden konnten existenzbedrohende Gefahren keinen dauerhaften Schaden anrichten. Der operative Umgang mit der Bewältigung der Hochwasserschäden hat auch hier die abteilungsübergreifende Leistungspotentiale der Gesellschaft offenbart. Die Schmiedag wird weiterhin als sehr zuverlässiger Geschäftspartner wahrgenommen.

3. Prognosebericht

Nach den ersten Prognosen des Sachverständigenrates wurde aufgrund der steigenden privaten Konsumausgaben und eines zu erwartenden Abbaus der Auftragsbestände des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland eine BIP-Wachstumsrate von 4,6 % angenommen.²³ Diese erwartete Erholung lässt zum größten Teil weiter auf sich warten, so dass die Prognosen der meisten Wirtschaftsforschungsinstitute nach unten angepasst werden müssen. So geht das Handelsblatt Research Institute (HRI) in seiner jüngsten Prognose für 2022 von 3,4 % aus und befindet sich somit am unteren Rand des Prognosespektrums.²⁴ Auch das ifo Institut geht in seiner Konjunkturprognose von einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 3,7 % aus und erwartet, dass sowohl die Corona-Pandemie wie auch die Lieferengpässe die Entwicklung der Wirtschaft maßgeblich bestimmen werden.²⁵ Die Lieferengpässe und Materialknappheit werden sich somit auch in den kommenden Monaten noch nicht auflösen, so dass der Anteil der Unternehmen, die den Materialmangel als produktionshemmend wahrnimmt, noch angestiegen ist.²⁶ Es wird davon ausgegangen, dass die Anpassungen in den Produktionsabläufen sowie preisliche Allokationsmechanismen im Zuge einer nachlassenden Pandemie den Nachfrageüberhang im Zeitablauf entschärfen.²⁷

Nach einer Umfrage der vom Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (IWD) befragten Wirtschaftsverbände erwarten die dort organisierten Unternehmen für 2022 eine höhere Produktion wie auch höhere Umsätze als 2021, die dazu führen, dass die Investitionstätigkeit ansteigen wird und mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau zu rechnen ist.²⁸

Mobilität

Für das Jahr 2022 erwartet LMC Automotive ein Wachstum der weltweiten Pkw-Produktion um 12 % auf 84,9 Mio. Einheiten und somit rd. 3,8 Mio. Einheiten weniger als im Vorkrisenjahr 2019.²⁹ Aufgrund der vorherrschenden Halbleiterknappheit werden rd. 7,3 Mio. Einheiten weniger produziert als Analysten von LMC Automotive in ihrer Prognose vom Dezember 2020 noch erwartet hatten.³⁰

Die europäische Pkw-Produktion dürfte im Vergleich zum Vorjahr mit einem Wachstum in Höhe von 18,1 % auf 18,9 Mio. Einheiten ebenfalls eine starke Aufwärtstendenz verzeichnen.³¹ Die Pkw-Produktion deutscher OEM in Deutschland wird in 2022 bei ~3,5 Mio. Einheiten erwartet, was einem Plus von 13 % im Vergleich zum Jahr 2021 entspricht. Die Auslandsproduktion deutscher OEM wird voraussichtlich um +5 % auf 9,6 Mio. Einheiten weniger stark steigen.³²

Hinsichtlich des westeuropäischen Nutzfahrzeugmarktes³³ über 6 Tonnen ist im Geschäftsjahr 2022 von einem Wachstum von 7 % auf rd. 258 Tsd. Neuzulassungen auszugehen.³⁴ Damit liegen die Zulassungen weiterhin deutlich unter dem Vorkrisenjahr 2019 (307 Tsd. Einheiten).³⁵ In Deutschland werden laut VDA-Analysen voraussichtlich rd. 75 Tsd. Einheiten abgesetzt; rd. 8 % mehr als noch im Jahr zuvor.³⁶

Die globale Halbleiterknappheit bleibt eine Herausforderung für die Automobilindustrie. LMC Automotive erwartet, dass sich die angebotsseitigen Störungen, welche Automobilhersteller immer wieder zu Produktionsunterbrechungen zwingen, vor dem zweiten Halbjahr 2022 nicht wesentlich verbessern werden. Vor 2023 ist eine Schließung der strukturellen Lücke zwischen Halbleiterangebot und -nachfrage unwahrscheinlich.³⁷

Neben der Halbleiterknappheit stellt das Auftreten der neuen Corona-Variante Omikron u.a. aufgrund der potenziellen Einführung sozialer Distanzierungsmaßnahmen und negativer Reaktionen der Verbraucher eines der größten Risiken für die Lieferketten der Automobilindustrie dar. Die kurzfristigen Aussichten für die Fahrzeugproduktion

werden hierdurch wesentlich negativ beeinflusst.³⁸

Grundsätzlich dürfte die Nachfrage in 2022 weiter stark bleiben, was durch hohe Auftragsbestände verbrieft wird. Das Marktvolumen bleibt allerdings durch das Angebot begrenzt.³⁹

Maschinenbau

Volle Auftragsbücher der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer zum Jahresende hin haben den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) veranlasst, die Produktionsprognose für das kommende Jahr von real Plus 5 % auf Plus 7 % anzuheben.⁴⁰ Mit einem Produktionswert von dann rd. 234 Mrd. EUR dürfte das Niveau des Vorkrisenjahres 2019 erreicht werden.⁴¹

Verschiedene Lieferengpässe, bspw. bei Rohstoffen und Vorprodukten, belasten aktuell die Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer und sorgen dafür, dass sich die Auftragsbearbeitung verzögert. Eine weitgehende Verbesserung der Situation wird dabei frühestens im zweiten Quartal des Jahres 2022 erwartet. Bei Elektronikkomponenten hingegen dürfte eine Entschärfung der Lage erst ab dem dritten Quartal zu erwarten sein.⁴²

Neben der Corona-Pandemie, die aus Sicht der Maschinenbauer derzeit die größte Herausforderung ist, belastet der anhaltende Fachkräftemangel und das zunehmend angespannte Verhältnis zwischen den USA und China die Branche. Eine von China angestrebte Autarkie bei Schlüsseltechnologien sorgt dafür, dass das Geschäftsumfeld in einem der wichtigsten Absatzmärkte für deutsche Maschinen tendenziell herausfordernder wird.⁴³

Geschäftsverlauf und Lage

Die Schmiedag GmbH plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Umsatz in Höhe von € 46,1 Mio. bei einer Absatzmenge von 12.281 t. Im Wesentlichen basiert diese Planung auf einem veränderten Produktmix und der Annahme, dass sich die Nachfrage insgesamt erholt. Die Schmiedag plant für das Jahr 2022 mit einem EBITDA von € 4,5 Mio. sowie mit einem Jahresüberschuss von € 1,0 Mio. Hierbei ist unterstellt, dass negative Veränderungen der Kosten im Wesentlichen an Kunden weitergegeben werden können, dies gilt insbesondere für die steigenden Rohmaterial- und Energiekosten.

Für das Geschäftsjahr 2022 sind Investitionen in Höhe von rd. € 9,2 Mio. geplant. Dabei handelt es sich im Vornehmlichen um Investitionstätigkeit im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau nach dem Hochwasser des Jahres 2021. Die tatsächliche Realisierung hängt jedoch zum Teil von auftragsbezogenen kundenseitigen Zusagen ab.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1 Risikomanagement

Wir bekennen uns zu einer risikobewussten Unternehmensführung, bei der die Sicherung des Fortbestands der Gesellschaft immer höchste Priorität hat.

Innerhalb der GMH Gruppe ist es Aufgabe des Risikomanagements, alle Mitarbeiter zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Risiken zu veranlassen. Weiterhin sollen damit die Förderung des Risikobewusstseins und eine Weiterentwicklung der Risiko- und Überwachungskultur erfolgen.

Das Risikomanagement-System der GMH Gruppe beinhaltet eine ad-hoc-Meldefunktion, um Geschäftsführungs- und Leitungsfunktionen auf allen Ebenen umgehend über Risiken zu informieren. Die Risikoverantwortlichen in den verschiedenen Teilbereichen haben die Aufgabe, Risiken ihres Verantwortungsbereiches durch geeignete Maßnahmen zu steuern. Die Risikoinventurliste ist zweimal jährlich jeweils im Vorfeld der Budget- und Controlling Gespräche im Programm Antares RiMIS zu aktualisieren und freizugeben. Wesentliche Risiken werden in den Controlling- und Budgetgesprächen diskutiert. Die Risikorichtlinie und Risikostrategie für die Geschäftsführungen und Risikoverantwortlichen der GMH Gruppe runden das Risikomanagement ab.

Soweit Risiken versichert werden können und eine Versicherung wirtschaftlich sinnvoll ist, wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht (Warenkreditversicherung, Fremdwährungen, Zinsen, Sach- und Haftpflichtversicherungen).

4.2 Umfeld und Branche

Risiken sieht das Unternehmen in der Unklarheit über das Infektionsgeschehen und staatlichen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie sowie in der zukünftigen Umsetzbarkeit der politischen Ideen der neuen Regierung, welche die Wirtschaft und Investitionsgüterindustrie gleichermaßen beeinflussen.

Für die Folgejahre rechnen wir mit einem Aufbau der weltweiten Schmiedekapazitäten für große Gesenkschmiedeteile. Weiter bestehen derzeit freie Kapazitäten am Angebotsmarkt, so dass die Preise weiter unter Druck geraten können und das bei mittelfristig wieder steigenden Rohmaterial- und Energiepreisen. Dies birgt Ertragsrisiken, die derzeit nicht genau quantifiziert werden können. Zudem besteht ein wesentliches Risiko im Zusammenhang mit dem Ausfall von Maschinen.

Im Lichte der Überflutung im Sommer justieren wir alle Maßnahmen des Hochwasserschutzes neu. Derzeit erarbeiten wir flankierende Maßnahmen, die die Wirksamkeit der Versicherungsdeckung verbessern sollen und die Vermeidung der Produktionsausfälle im Fokus haben.

4.3 Leistungswirtschaftliche Chancen und Risiken

Die Gesellschaft hat eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um Chancen für eine positive Weiterentwicklung zu erkennen und umzusetzen. In 2022 ergeben sich eine Reihe weiterer Chancen für den Ausbau von Geschäftsaktivitäten. Die wesentlichen Chancen sind wie folgt:

- Durch Veränderungen der Einkaufs- und Verkaufspreise kann es zu einer Verbesserung des Ergebnisses kommen.
- Durch erfolgreiche Neuteileakquirierung und Nutzung von Umsatzpotentialen kann es zu einer merklichen Steigerung des Ergebnisses kommen.
- Aus den eingeleiteten Verbesserungsmaßnahmen können positive Effekte resultieren.
- Weitere Stabilisierung des Wiederaufbaus wird auch durch behördliche Unterstützung erreicht.

Ausbleibende Umsätze führen mittelbar zu negativen Ergebniseffekten. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich die Nachfrage weiter stabilisiert. Sollten die Auftragsgänge die Planungen unterschreiten oder bedeutende laufende Kundenaufträge gekürzt werden, könnten innerhalb kurzer Zeit Leerlaufzeiten mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Ertrags- und Finanzlage entstehen. Die Gesellschaft verfolgt vor dem Hintergrund der hohen allgemeinen Relevanz dieses Risikos mindestens wöchentlich die folgenden Werte, um Trends frühzeitig zu erkennen und entsprechend darauf zu reagieren: Auftragsbestand, Auftragsingang, Umsatz und EBITDA.

Bei einem hohen Umsatzanteil von einzelnen Kunden oder Kundengruppen steigt das Risiko aus solchen Kundenbeziehungen. Das Risiko möglicher Projektabbrüche oder Stornierung von Aufträgen wird im Verhältnis zum Vorjahr höher eingeschätzt. Der abrupte Verlust des umsatzstärksten Kunden hätte das Potenzial, die Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft zumindest kurzfristig erheblich negativ zu beeinflussen.

Risiken aus dem Ende Februar 2022 ausgebrochenen kriegerischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine können aktuell noch nicht bewertet, Auswirkungen für die GMH Gruppe aber nicht ausgeschlossen werden. Neben der Möglichkeit weiter ansteigender Energiepreise und einer eingeschränkten Verfügbarkeit von Energie auf der Versorgungs- und Beschaffungsseite können Sanktionen und Beschränkungen auf dem Absatzmarkt zu Minderabnahmemengen unserer Kunden und damit zu Umsatzausfällen führen.

Lücken in der IT-Sicherheit sind ein potenzielles Risiko, welches durch die Zunahme der Remotearbeit im Zuge der COVID-19-Pandemie weiter an Bedeutung zugenommen hat. Durch den Einsatz von Sicherheitssoftware, die Zusammenarbeit mit IT-Beratern und durch die personelle Stärkung der eigenen IT-Abteilung wird diesem Risiko aktiv vorgebeugt. Zudem werden alle Mitarbeiter regelmäßig für das Thema IT-Sicherheit sensibilisiert.

4.4 Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Währungsrisiken sind weiterhin gering. In der Regel werden die Umsätze sowie die Einkäufe in Euro getätigt. Währungsabsicherungsgeschäfte wurden nicht getätigt.

Wir haben uns von der Geschäftsführung der Gesellschafterin bestätigen lassen, dass man die bisher verfolgte Strategie weiterhin unterstützt. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass die in 2022 und 2023 auslaufenden Gesellschafterdarlehen nicht verlängert werden. Mittel- und langfristig wird daher kein bestandsgefährdendes Risiko gesehen.

5. Gesamtbild der Risikolage

Chancen und Risiken werden im Rahmen des Planungsprozesses unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit hinsichtlich ihres Ergebniseinflusses auf das EBITDA bewertet und in einem Best- bzw. Worst-Case-Szenarios zusammengefasst. Insgesamt ergibt sich jedoch aus heutiger Sicht ein Übergewicht der Chancen über den Risiken. Das Gesamtbild der Risikolage hat sich damit gegenüber dem Vorjahr positiv verändert.

Hagen, den 25. Februar 2021

Schmiedag GmbH

Il-Kyu Lee

Heinz Klenen

- ¹ vgl. Sachverständigenrat; Kapitel 1; Konjunktur: Erholung hängt vom Pandemieverlauf ab – Jahresgutachten 2020/21
² vgl. www.gemeinschaftsdiagnose.de; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021
³ vgl. Sachverständigenrat; Kapitel 1; Konjunktur: Angebotsseitige Engpässe dämpfen Wachstum – Jahresgutachten 2021/22
⁴ vgl. ebenda
⁵ vgl. www.gemeinschaftsdiagnose.de; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021
⁶ vgl. ebenda
⁷ vgl. ifo Geschäftsklima Deutschland; Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen im November 2021
⁸ vgl. ebenda
⁹ vgl. www.gemeinschaftsdiagnose.de; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021
¹⁰ vgl. ebenda
¹¹ vgl. ebenda
¹² vgl. VDA Konjunkturbarometer - November 2021
¹³ vgl. LMC Automotive: Semiconductor Update - 29.11.2021
¹⁴ vgl. LMC Automotive: Executive Snapshot - November 2021
¹⁵ vgl. ACEA: Commercial Vehicle Registrations October 2021
¹⁶ EU14 & EFTA & UK
¹⁷ vgl. VDA Konjunkturbarometer - November 2021
¹⁸ vgl. VDMA: Pressemitteilung vom 04.11.2021 „Großanlagengeschäft sorgt für außergewöhnlichen Schub“
¹⁹ vgl. VDMA: Pressemitteilung vom 02.12.2021 „Abermals zweistellige Plusraten“
²⁰ vgl. VDMA: Konjunkturbulletin international vom 02.12.2021
²¹ vgl. VDMA: Pressemitteilung vom 26.10.2021 „Maschinen- und Anlagenbau bleibt trotz Materialengpässen auf Kurs“
²² vgl. Roland Berger; World Rail Market Study; (via Statista) vom 02.2021
²³ vgl. Sachverständigenrat; Kapitel 1, Konjunktur: Erholung hängt vom Pandemieverlauf ab – Jahresgutachten 2021/22
²⁴ vgl. Handelsblatt vom 03.01.2022; Konjunktur; Der Post-Corona-Boom fällt aus
²⁵ vgl. ifo Schnelldienst Sonderausgabe 74; Jahrgang Dezember 2021; Ifo Konjunkturprognose Winter 2021
²⁶ vgl. ebenda
²⁷ vgl. ebenda
²⁸ vgl. IWD vom 27.12.2021; Wachstum und Konjunktur; Deutsche Wirtschaft erwartet ein besseres 2022
²⁹ vgl. LMC Automotive: Executive Snapshot – November 2021
³⁰ vgl. LMC Automotive: Semiconductor Update – 29.11.2021
³¹ vgl. LMC Automotive: Executive Snapshot – November 2021
³² vgl. VDA: Konjunkturbarometer Dezember 2021
³³ EU14 & EFTA & UK
³⁴ vgl. VDA: Konjunkturbarometer Dezember 2021
³⁵ vgl. VDA: Konjunkturbarometer Januar 2021
³⁶ vgl. VDA: Konjunkturbarometer Dezember 2021
³⁷ vgl. LMC Automotive: Semiconductor Update – 29.11.2021
³⁸ vgl. LMC Automotive: Executive Snapshot – November 2021
³⁹ vgl. VDA: Konjunkturbarometer Dezember 2021
⁴⁰ vgl. VDMA Pressekonferenz: 14.12.2021; Die klimaneutrale Zukunft gelingt nur mit technischem Fortschritt
⁴¹ vgl. ebenda
⁴² vgl. MarketScreener: Pressemitteilung vom 14.12.2021 „Lieferengpässe dämpfen Maschinenbau-Erholung – Zuversicht für 2022“
⁴³ vgl. ebenda

Bilanz zum 31. Dezember 2021

Aktiva

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und EDV-Software	8.408,31	31.723,27
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	4.266.473,74	4.520.134,83
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.165.816,30	3.952.739,12
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	328.091,03	348.695,76
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.448.484,13	1.069.698,37

	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
	12.208.865,20	9.891.268,08
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	1.000,00	1.000,00
	12.218.273,51	9.923.991,35
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.469.316,48	2.453.249,89
2. Unfertige Erzeugnisse	5.541.997,73	3.705.422,37
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	1.037.077,49	1.268.267,08
	10.048.391,70	7.426.939,34
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	582.374,35	770.159,24
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	219.189,97	92.586,55
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.583.855,13	869.500,25
	2.385.419,45	1.732.246,04
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.004.649,79	995.870,26
	17.438.460,94	10.155.055,64
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.246,61	17.300,75
	29.682.981,06	20.096.347,74
Passiva		
	31.12.2021	31.12.2020
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	19.647.904,60	19.647.904,60
III. Verlustvortrag	-17.796.807,76	-17.158.929,38
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	546.414,76	-637.878,38
	2.422.511,60	1.876.096,84
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.814.777,03	1.683.524,16
2. Steurrückstellungen	0,00	27.570,00
3. Sonstige Rückstellungen	10.852.383,87	1.287.520,52
	12.667.160,90	2.998.614,68
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.343.597,07	2.827.704,49
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	442.335,35	517.495,31
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	7.577.199,49	11.706.966,02
4. Sonstige Verbindlichkeiten	230.176,65	169.470,40
(davon aus Steuern € 139.351,70; Vorjahr € 102.224,05)		
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 12.530,77; Vorjahr € 0,00)	14.593.308,56	15.221.636,22
	29.682.981,06	20.096.347,74

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	2021	2020
	€	€
1. Umsatzerlöse	33.960.830,66	35.382.671,62
2. Erhöhung/Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.617.221,55	-1.462.303,71
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	340.153,50	574.769,49
4. Sonstige betriebliche Erträge	24.101.960,83	959.953,95
(davon aus Währungsumrechnung € 414,88; Vorjahr € 255,30)		
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	21.466.540,86	16.144.055,31
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.553.757,93	4.057.063,75
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	9.880.181,46	8.435.166,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.938.769,23	1.897.404,37
(davon für Altersversorgung € 20.246,40; Vorjahr € 67.056,12)		
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.863.857,43	1.757.628,19
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.054.502,39	3.235.972,75
(davon aus Währungsumrechnung € 307,40; Vorjahr € 25,64)		
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.080,67	17.136,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	567.680,40	451.139,90

	2021 €	2020 €
(davon an verbundene Unternehmen € 355.811,06; Vorjahr € 279.987,42)		
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-22.517,00
12. Ergebnis nach Steuern	702.957,51	-483.686,29
13. Sonstige Steuern	156.542,75	154.192,09
14. Jahresüberschuss/- fehlbetrag	546.414,76	-637.878,38

Anhang für das Geschäftsjahr 2021

1. Allgemeine Angaben

Die Schmiedag GmbH hat ihren Sitz in Hagen und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Hagen (HRB 9583).

Die Schmiedag GmbH ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 HGB. Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den weiteren rechtsformspezifischen Vorschriften des GmbHG aufgestellt.

Die Gesellschaft nimmt die größenabhängigen Erleichterungsvorschriften des § 288 Abs. 2 HGB nicht in Anspruch.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung anzubringen sind, weitestgehend im Anhang aufgeführt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich von Dritten erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben. Dabei wird entgeltlich erworbene EDV-Software über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Das Aktivierungswahlrecht für selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände im Sinne des § 248 Abs. 2 HGB wird nicht angewendet.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, bewertet. Während Gebäude in Abhängigkeit von dem Jahr der Herstellung über eine Nutzungsdauer von bis zu 33 Jahren abgeschrieben werden, erfolgt die Abschreibung der übrigen Sachanlagen über einen Zeitraum von 5 bis 20 Jahren. Gebraucht erworbene Anlagegüter werden verkürzt abgeschrieben. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen im Zugangsjahr grundsätzlich zeitanteilig. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen. Die Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen umfassen alle direkt dem Herstellungsprozess zurechenbaren Kosten sowie notwendige Teile der produktionsbezogenen Gemeinkosten.

Geringwertige Anlagegüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu € 1.000,00 betragen, werden abweichend von den ertragsteuerlichen Regelungen im Zeitpunkt ihres Zugangs als Aufwand behandelt.

Die **geleisteten Anzahlungen** und **Anlagen im Bau** sind mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zum Zeitpunkt ihres Zugangs bewertet.

Bei den **Finanzanlagen** sind Beteiligungen zu Anschaffungskosten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bewertet. Bei Wegfall der Gründe für die Abschreibungen werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Rückdeckungsversicherungsansprüche werden – auch soweit es sich um Deckungsvermögen handelt – auf Basis von Mitteilungen der Versicherer mit dem jeweiligen Aktivwert zum Bilanzstichtag bewertet. Die Rückdeckungsversicherungsansprüche sind im Rahmen eines Treuhandvertrags (CTA) an einen Treuhänder übertragen und werden daher nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Pensionsrückstellungen saldiert.

Die **Vorräte** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und unter Berücksichtigung des Niederwertprinzips bewertet. Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und/oder niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt. In allen Fällen wurde verlustfrei bewertet, d.h. soweit die voraussichtlichen Verkaufspreise abzüglich der bis zum Verkauf anfallenden Kosten zu einem niedrigeren beizulegenden Wert führen, wurden entsprechende Abwertungen vorgenommen.

Die Ermittlung der Anschaffungskosten bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Waren erfolgt anhand des Durchschnittsverfahrens.

Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse erfolgt grundsätzlich zu Herstellungskosten. Die Herstellungskosten enthalten die aktivierungspflichtigen Bestandteile des § 255 Abs. 2 HGB.

Ein untergeordneter Teilbereich der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens sowie der Vorräte wird abweichend von den vorgenannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden nach der Festwertmethode gemäß § 240 Abs. 3 HGB mit einer gleichbleibenden Menge und einem gleichbleibenden Wert angesetzt. Es handelt sich hierbei um Vermögensgegenstände, die regelmäßig ersetzt werden und deren Gesamtwert für das Unternehmen von nachrangiger Bedeutung ist. Diese Festwertbestände werden in Zeitabständen von drei Jahren durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt, fortgeschrieben und bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Zur Abdeckung des allgemeinen Kreditrisikos wird eine Pauschalwertberichtigung von 1,50 % auf die nicht delkredereversicherten und nicht bereits einzelwertberechtigten Nettoforderungen gebildet. Zur Abdeckung des Zinsrisikos wird darüber hinaus eine Pauschalwertberichtigung von 1,50 % auf die nicht einzelwertberechtigten Bruttoforderungen gebildet.

Durch Forderungsverkäufe im Rahmen von Factoring wird der Forderungsbestand gemindert, soweit ein Ankauf von angedienten Forderungen durch den Erwerber vorgenommen wurde. Kaufpreisabschläge aus Factoring wurden insoweit aktiviert, wie sie im Rahmen der Wertaufhellungsphase durch Zahlungen der Kunden sicher entstanden sind.

Die **flüssigen Mittel** sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Das **gezeichnete Kapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind – bei Anwendung der Nettomethode – mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes werden im Finanzergebnis erfasst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet, wobei bei der Anwendung der Richttafeln ein unternehmensspezifischer Abschlag von 66 % bezüglich des Invaliditätsrisikos vorgenommen wurde. Die Verpflichtungen wurden mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 1,87 % für eine pauschale Laufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB) abgezinst. Zudem wurden Rentensteigerungen von jährlich 1,5 % aber keine Lohn- und Gehaltssteigerungen zugrunde gelegt. Eine Fluktuation in Höhe von 1,00 % p.a. wurde unterstellt.

Abweichend von diesen Grundsätzen wurden im Vorjahr kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert (Aktivwert) der Rückdeckungsversicherungsansprüche bewertet, da sie nach IDW RS HFA 30 Tz. 74 wie wertpapiergebundene Zusagen zu behandeln sind. Im Berichtsjahr wurden keine kongruent rückgedeckten Versorgungszusagen gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB bilanziert.

Bei verpfändeten oder im Rahmen eines Treuhandvertrags (CTA) an einen Treuhänder übertragenen Ansprüchen aus Rückdeckungsversicherungen (Deckungsvermögen) wurden diese mit bestehenden Verpflichtungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert.

Die Rückstellungen für Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Todesfall sowie für Beihilfen und Unterstützungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Die Verpflichtungen wurden mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,35 % für eine pauschale Laufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB) abgezinst. Zudem wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von jährlich 0 % zugrunde gelegt sowie eine Fluktuation in Höhe von 1,00 % p.a. unterstellt.

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt unter Zugrundelegung eines individuellen Rechnungszinssatzes und auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Es wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,50 % zugrunde gelegt. Die Rückstellungen für Altersteilzeit enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen.

Die Garantie- und Gewährleistungsrückstellungen umfassen neben pauschalen alle erkennbaren Einzelrisiken.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen werden gebildet, soweit diese voraussichtlich in den ersten drei Monaten des Folgejahres ausgeführt werden.

Die **Verbindlichkeiten** sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden grundsätzlich mit dem historischen Kurs zum Zeitpunkt der Erstverbuchung bzw. bei bestehender Bewertungseinheit zum Sicherungskurs erfasst. Nicht in Bewertungseinheiten einbezogene Bilanzposten werden zum Stichtag wie folgt bewertet:

Langfristige Fremdwährungsforderungen werden zum Devisenbriefkurs bei Entstehung der Forderung oder zum niedrigeren beizulegenden Wert, unter Zugrundelegung des Devisenkassamittelkurses am Abschlussstichtag, angesetzt (Imparitätsprinzip). Kurzfristige Fremdwährungsforderungen (Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger) sowie liquide Mittel oder andere kurzfristige Vermögensgegenstände in Fremdwährungen werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auf die bestehenden körperschaft- und gewerbsteuerlichen Verlustvorträge gebildet, soweit innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Verlustverrechnung zu erwarten ist. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen. Im Falle eines Aktivüberhangs der latenten Steuern zum Bilanzstichtag wird von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht. Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein Steuersatz von 30,00 % zugrunde (15,825 % für die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und 14,175 % für die Gewerbesteuer).

Zum Bilanzstichtag ergibt sich nach Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern (Gesamtdifferenzenbetrachtung) ein Aktivüberhang der latenten Steuern, so dass sich aufgrund der Nichtausübung des Aktivierungswahlrechts insgesamt kein Ausweis latenter Steuern in der Bilanz ergibt. Die den Saldierungsbereich betreffenden aktiven und passiven latenten Steuern resultieren aus folgenden temporären Differenzen:

Bilanzposten	Passive latente Steuer	Aktive latente Steuer
Sachanlagevermögen		x
Finanzanlagen		x
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		x
Sonstige Rückstellungen		x

3. Erläuterungen der Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im (Brutto-)Anlagenspiegel (Bestandteil des Anhangs) dargestellt.

Sämtliche **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren wie im Vorjahr in voller Höhe aus Lieferungen und Leistungen.

Unter dem Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind in Höhe von T€ 226 (Vorjahr T€ 81) Beträge für Steuererstattungen ausgewiesen, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstehen.

Der sich aus der Anwendung des § 253 Abs. 6 HGB in Bezug auf die Abzinsung der **Pensionsrückstellungen** mit der Verlängerung des Durchschnittsbildungszeitraums von sieben auf zehn Jahre ergebende, ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag beträgt zum 31. Dezember 2021 T€ 194 (Vorjahr T€ 184). Zum Bilanzstichtag greift die Ausschüttungssperre nicht, da ausreichend frei verfügbare Rücklagen (Gewinn- und Kapitalrücklagen) vorhanden sind.

Bei den Pensionsrückstellungen sind **Verrechnungen mit Deckungsvermögen** gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB vorgenommen worden, die sich wie folgt zusammensetzen:

		Verrechnete Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen) Rückdeckungsversicherung
Historische Anschaffungskosten	T€	650
Beizulegender Zeitwert	T€	650
Aufwendungen/Erträge aus dem Deckungsvermögen	T€	17

Erträge aus dem Deckungsvermögen wurden mit Zinszuführungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert. Der sich ergebende Saldo wird im Finanzergebnis unter den Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Die **sonstigen Rückstellungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021 T€	31.12.2020 T€
Gewährleistungsverpflichtungen	4.091	192
Unterlassene Instandhaltung	2.963	29
Verpflichtungen aus Rechnungsnachläufen	2.502	374
Verpflichtungen aus Arbeitsverträgen	1.032	546
Drohverluste	224	99
Rechts- und Beratungskosten	40	40
Kundenbonus	0	8
	10.853	1.095

Die Aufgliederung der **Verbindlichkeiten** nach Restlaufzeiten ergibt sich aus dem nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel:

	mit einer Restlaufzeit von			
	T€	bis zu 1 Jahr T€	über 1 Jahr T€	davon über 5 Jahre T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.344	6.344	0	0
	(2.828)	(2.828)	(0)	(0)
gegenüber verbundenen Unternehmen	442	442	0	0
	(517)	(517)	(0)	(0)
gegenüber Gesellschaftern	7.577	5.077	2.500	0
	(11.707)	(1.228)	(10.479)	(0)
Sonstige	230	230	0	0
	(170)	(170)	(0)	(0)
	14.593	12.093	2.500	0
	(15.222)	(4.743)	(10.479)	(0)

(Werte in Klammern geben die Vorjahreswerte an.)

Für die ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen am Bilanzstichtag keine abgabepflichtigen Sicherheiten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren wie im Vorjahr in voller Höhe aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern resultieren zum Bilanzstichtag aus Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von T€ 7.479 (Vorjahr T€ 11.579), Zinsverbindlichkeiten in Höhe von T€ 98 (Vorjahr T€ 123) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 0 (Vorjahr T€ 5).

4. Erläuterungen der Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** verteilen sich nach geographisch bestimmten Märkten wie folgt:

	2021		2020	
	T€	%	T€	%
Inland	22.501	66,3	24.246	68,5
Europäische Gemeinschaft	9.316	27,4	8.042	22,6
Sonstiges Ausland	2.753	8,1	3.183	9,0
Erlösschmälerungen	-609	-1,8	-88	-0,2
	33.961	100,0	35.383	100

Die Umsatzerlöse verteilen sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt:

	2021		2020	
	T€	%	T€	%
Maschinen- und Anlagenbau	14.153	41,7	13.048	36,9
Bahntechnik	8.846	26,0	11.609	32,8
Automotive	7.420	21,8	6.739	19,0
Militär	1.640	4,8	1.999	5,6
Übrige	1.902	5,6	1.988	5,6
Gesamt	33.961	100	35.383	100

Die **periodenfremden Erträge**, die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten sind, setzen sich wie folgt zusammen:

	2021 T€	2020 T€
Auflösung von Passivposten	61	118
Wertberichtigungen	0	8
Übrige	42	54
	103	180

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind **Erträge von außergewöhnlicher Größenordnung und Bedeutung** aus Versicherungserstattungen in Höhe von T€ 23.721 enthalten.

In den Bestandsveränderungen sind **Aufwendungen von außergewöhnlicher Bedeutung** in Höhe von 318 T€ aufgrund von Schäden, die aus dem Hochwasser entstanden sind, enthalten.

Im Materialaufwand wurden **Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung und Bedeutung** in Höhe von ca. T€ 1.810 und im Personalaufwand in Höhe von ca. T€ 2.487 erfasst. Diese wurden durch ein Hochwasser und dessen Folgen verursacht.

In den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung sind **Erstattungen für die vom Arbeitgeber zu tragenden Beiträgen zur Sozialversicherung** der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von T€ 63 (Vorjahr T€ 81) enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten **periodenfremde Aufwendungen** aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens in Höhe von T€ 4 (Vorjahr T€ 8) sowie **übrige periodenfremde Aufwendungen** in Höhe von T€ 18 (Vorjahr T€ 72).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind zudem **Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung und Bedeutung** im Zusammenhang mit dem Hochwasser in Höhe von T€ 10.778 sowie der Erhöhung von Rückstellungen für Gewährleistungsfälle von T€ 3.919 enthalten.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen beinhalten **Aufwendungen aus der Aufzinsung** von Rückstellungen in Höhe von T€ 55 (Vorjahr T€ 43).

5. Sonstige Angaben

a) Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten aus einem Besserungsschein im Zusammenhang mit dem Sanierungstarifvertrag aus den Jahren 2015 bis 2017 betragen T€ 137. Die Verpflichtungen waren nicht zu bilanzieren, da aus den Besserungsscheinen zum 31. Dezember 2021 noch keine Ansprüche der Belegschaft ableitbar waren.

b) Sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende finanzielle Verpflichtungen:

	Gesamt T€	davon gegenüber verbundenen Unternehmen T€
Miet-, Leasing- und Pachtverträgen	952	335
Bestellobligo (insb. Investitionen)	1.644	0
	2.596	335

Der Einsatz von Miet-, Leasing- und Pachtverträgen dient der Verbesserung der Bilanzstruktur sowie der Verteilung des Liquiditätsabflusses über mehrere Perioden. Die Abflüsse liquider Mittel in künftigen Perioden stellen dabei sowohl ein Risiko als auch einen Vorteil dar.

Die Gesellschaft verkauft Forderungen im Rahmen von Factoring. Mit diesem Programm werden die Liquidität und der Finanzmittelfonds gestärkt, Finanzierungskosten reduziert und die latenten Ausfallrisiken im Forderungsbestand an den Erwerber übertragen. Zum Bilanzstichtag sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 4.384 (Vorjahr T€ 2.596) veräußert. Nach Abzug von Sicherheitseinhalten in Höhe von T€ 474 (Vorjahr T€ 269) sind hieraus Finanzmittel in Höhe von T€ 3.910 (Vorjahr T€ 2.327) zugeflossen.

c) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die der Angabepflicht des § 285 Nr. 21 HGB unterliegen, lagen im Geschäftsjahr 2021 nicht vor.

d) Arbeitnehmer

Es waren ohne Auszubildende durchschnittlich beschäftigt:

	2021	2020
Gewerbliche Arbeitnehmer	133	137
Angestellte	44	45
	177	182

e) Geschäftsführung

Im Berichtsjahr bestand die Geschäftsführung aus folgenden Mitgliedern:

Heinz Klenen, Bissendorf

Geschäftsführer

Il-Kyu Lee, Nidderau (ab 4. Oktober 2021)

Geschäftsführer Vertrieb, CSO der Business Unit Industrials der GMH Gruppe

Hinsichtlich der Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung nehmen wir die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch.

Für bereits ausgeschiedene Geschäftsführer besteht eine Rückstellung für Pensionen in Höhe von T€ 762 (Vorjahr T€ 722). Im Geschäftsjahr 2021 wurden Renten i.H.v. T€ 1 an diesen Personenkreis geleistet

f) Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Auf die Angabe der Abschlussprüferhonorare wird unter Verweis auf § 285 Nr. 17 HGB und die Angabe im Konzernanhang der Georgsmarienhütte Holding GmbH verzichtet.

g) Konzernverhältnisse

Die Schmiedag GmbH ist Tochterunternehmen der GMH Schmiedetechnik GmbH mit Sitz in Gröditz (kleinster Konsolidierungskreis). Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises der Gesellschaft ist die Georgsmarienhütte Holding GmbH, Georgsmarienhütte.

Die Gesellschaft wird mittels Vollkonsolidierung in die Konzernabschlüsse einbezogen, die im Bundesanzeiger offengelegt werden.

h) Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge, über die hier zu berichten wäre, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

i) Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von T€ 546 vollständig auf neue Rechnung vorzutragen und mit dem Verlustvortrag von T€ 17.797 zu verrechnen.

Hagen, den 25. Februar 2022

Schmiedag GmbH

Il-Kyu Lee

Heinz Klenen

Entwicklung des Anlagevermögens

01.01.2021	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2021
€	€	€	€	€

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				31.12.2021 €
	01.01.2021 €	Zugang €	Abgang	Umbuchung €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und EDV-Software	221.049,73	5.432,75	5.432,75	0,00	221.049,73
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten	6.086.816,68	0,00	96.576,37	0,00	5.990.240,31
2. Technische Anlagen und Maschinen	15.332.308,33	444.593,08	1.222.308,28	388.116,94	14.942.710,07
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.106.159,25	204.198,04	297.987,51	124.014,69	1.136.384,47
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.069.698,37	3.939.494,73	48.577,34	-512.131,63	4.448.484,13
	22.610.329,43	4.588.285,85	1.665.449,50	0,00	26.517.818,98
III. Finanzanlagen					
Beteiligungen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
	22.832.379,16	4.593.718,60	1.670.882,25	0,00	26.739.868,71
Abschreibungen					
		01.01.2021 €	Zugang €	Abgang €	31.12.2021 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und EDV-Software		189.326,46	24.416,44	1.101,48	212.641,42
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten		1.566.681,85	215.770,59	58.685,87	1.723.766,57
2. Technische Anlagen und Maschinen		11.379.569,21	1.437.004,56	1.039.680,00	11.776.893,77
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		757.463,49	186.665,84	135.835,89	808.293,44
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	0,00	0,00	0,00
		12.058.655,86	1.839.440,99	1.234.201,76	14.308.953,78
III. Finanzanlagen					
Beteiligungen		0,00	0,00	0,00	0,00
		12.247.982,32	1.863.857,43	1.235.303,24	14.521.595,20
Restbuchwerte					
				31.12.2021 €	31.12.2020 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und EDV-Software				8.408,31	31.723,27
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten				4.266.473,74	4.520.134,83
2. Technische Anlagen und Maschinen				3.165.816,30	3.952.739,12
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				328.091,03	348.695,76
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau				4.448.484,13	1.069.698,37
				12.208.865,20	9.891.268,08
III. Finanzanlagen					
Beteiligungen				1.000,00	1.000,00
				12.218.273,51	9.923.991,35

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Schmiedag GmbH, Hagen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Schmiedag GmbH, Hagen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Schmiedag GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Osnabrück, den 25. Februar 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Dr. Achim Lienau, Wirtschaftsprüfer
ppa. Philipp Bußmann, Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 wurde am 5.5.2022 festgestellt.
